

Uwe Franke

Parteien und politische Transformation in Mexiko

In modernen Demokratien wirken Parteien als wichtige politische Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft, eine Funktion, die von kaum einer anderen Institution oder einem anderen Akteur übernommen werden kann (von Beyme 1984). In der Lateinamerikaforschung war bis heute das Studium der politischen Parteien überwiegend Bestandteil gesamtsystemischer Analysen, denn funktionierende Parteiensysteme galten bislang alles andere als selbstverständlich. Obgleich die Parteien durch ihre Rolle als *change agents* in den (Re-)Demokratisierungsprozessen der achtziger Jahre eine Aufwertung erfuhren, zeigt sich im lateinamerikanischen Parteiwesen oftmals das Erbe einer belastenden Geschichte, einer autoritären politischen Kultur und eines politischen Stils *sui generis*.

So auch in Mexiko. Der Schlüssel des entwicklungspolitischen Modellcharakters liegt hier in der Revolution Anfang des 20. Jahrhunderts und im jahrzehntelang erfolgreichen Krisenmanagement der Regierungspartei PRI (*Partido Revolucionario Institucional*), die bis in die achtziger Jahre in einem hegemonialen Parteiensystem das ideologische Zentrum darstellte und die Oppositionsparteien kontrollierte und kooptierte.

Erst das Anwachsen einer Mittelschicht, begünstigt durch die wirtschaftliche Modernisierung in Zeiten des *milagro mexicano* wie auch die Niederschlagung der Studentenrevolte Ende der sechziger Jahre bewirkten einen Legitimationsverlust der PRI-Regierung, die mit einer graduellen Liberalisierung des Wahlgesetzes reagierte und einen begrenzten Parteienwettbewerb zuließ. Die Folgen der ökonomischen Krise 1982 und die umstrittenen Präsidentschaftswahlen von 1988 jedoch verstärkten den Transformationsprozess, der sich nunmehr der Steuerung des PRI zunehmend entzog und nicht zuletzt die Bedeutung der Opposition aufwertete und ihr erste Erfolge auf Gemeindeebene beschied.

Mit der Regierungsübernahme in den ersten Bundesstaaten ab 1989, der zunehmenden Perfektionierung des Wahlgesetzes, dem Legitimationsgewinn der Wahlbehörde sowie dem Verlust der PRI-Mehrheit im Abgeordnetenhaus 1997 übernehmen die Parteien heute in einem pluralistischen Parteiensystem die Funktion als wichtige Stütze eines langsamen, jedoch kontinuier-

lichen Demokratisierungsprozesses (Woldenberg 2002: 23), der mit dem Präsidentschaftssieg des Oppositionspolitikers Vicente Fox im Jahr 2000 einen Höhepunkt erreichte und nach den Parlamentswahlen im Juli 2003 vor neuen Herausforderungen steht.

1. Kontrollierte Partizipation in einem hegemonialen Parteiensystem: Vom *milagro mexicano* zur Modernisierungsfalle (1929-1982)

Nachdem die postrevolutionäre Ordnung Mexikos in den zwanziger Jahren von personengebundenen Koalitionen geprägt war, die um das Herrschaftsmonopol rangen, etablierte sich in der Folgezeit eine Interessenkonstellation, die Mexiko über Jahrzehnte eine außergewöhnliche politische und wirtschaftliche Stabilität einbrachte. Jene Organisation namens *Partido Nacional Revolucionario* (PNR) wurde 1929 von Plutarco Elías Calles als ein Zusammenschluss postrevolutionärer Führer und ihrer Anhänger gegründet, von Lázaro Cárdenas 1938 reorganisiert und 1946 unter dem heutigen Namen *Partido Revolucionario Institucional* (PRI) registriert. Als zentrale politische Kraft in Mexiko kamen seit ihrer Gründung bis zum Jahr 2000 sämtliche Staatspräsidenten, bis 1989 alle Gouverneure und bis 1997 die überwältigende Mehrheit der Kongressmitglieder und Senatoren aus ihren Reihen.

Durch die Untergliederung in verschiedene Sektoren (Arbeiter, Bauern, öffentlich Bedienstete sowie der später aufgelöste Militärssektor) konnte die Integration der gesellschaftlichen Kräfte in die zentralistisch aufgebaute Partei nahezu umfassend forciert werden (Lauth 1992: 31). Aufgrund der Fähigkeit des PRI, breite Massen über die genannten Sektoren zu organisieren und zu kontrollieren, wie auch ob seiner engen Verflechtung mit dem Staat und der Verfügbarkeit staatlicher Ressourcen, entstand in der Folgezeit ein korporatistisch ausgeprägtes politisches System, in dem die Regierungspartei jederzeit in der Lage war, den bei Wahlen erforderlichen Stimmenanteil mittels Massenmobilisierung und geschickter Wahlmanipulation zu sichern und damit ihre überragende Position gegenüber den Oppositionsparteien zu festigen. Gründe hierfür waren zum einen die von staatlicher Seite verweigerte offizielle Registrierung von politischen Gruppierungen, zum anderen aber auch die fehlenden Erfolgsaussichten, denn der in der Geschichte Mexikos durchgängig eine Rolle spielende Wahlbetrug verhinderte über Jahrzehnte die Konstituierung eines wettbewerbsfähigen Parteiensystems. Vielmehr entstand in der Folgezeit eine pseudodemokratische Fassade, die zumindest die äußerlichen Formen einer verfassungsmäßigen Herrschaftsübertragung wahren sollte. Zwar wurden die restriktiven Elemente

des Wahlgesetzes wiederkehrend modifiziert, jedoch zwei wesentliche Prinzipien, welche die institutionelle Vormachtstellung des PRI hätten untergraben können, nicht angerührt: So fiel die zentrale Organisation der Wahlen sowie ihre Beobachtung bis in die neunziger Jahre stets in den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, wie auch die Entscheidung über die Zulassung von politischen Organisationen, die bisher als Partei nicht offiziell registriert waren, von der wahltaktischen Willkür der Regierungspartei und ihrer institutionellen Kanäle abhing (Molinar Horcasitas 1991: 28). So erhielten im Jahr 1946 beispielsweise zehn Organisationen ihre vorläufige Registrierung. Neben dem PRI überdauerten jedoch bis zum Jahre 1976 lediglich drei Parteien: der von liberalen Kräften und von der katholischen Soziallehre beeinflusste *Partido Acción Nacional* (PAN – heutige Regierungspartei), der *Partido Popular Socialista* (PPS - eine linke Absplitterung des PRI) sowie der *Partido Auténtico de la Revolución Mexicana* (PARM – rechte Absplitterung des PRI) (Sirvent 2002: 27). Die restlichen Parteien erlagen der Restriktion durch das Wahlgesetz sowie den damit verbundenen Kontrollmechanismen.

Der kontinuierliche Rückgang der Wahlbeteiligung und der offensichtliche Wahlbetrug stellten die Legitimität der PRI-Regierungen zunehmend in Frage. Diese reagierten mit graduellen Reformen, um die Überlebenschancen kleinerer Parteien zu fördern und ihnen – ohne die überwältigende PRI-Mehrheit zu gefährden – wenige Sitze im Abgeordnetenhaus zu ermöglichen (Elizondo Mayer-Serra/Nacif Hernández 2002: 25). Letztendlich jedoch lag die Vergabe dieser Mandate bei der Regierung und war an loyale Handlungen gebunden. So mussten sich beispielsweise im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 1964 die Parteien verpflichten, auf jede Art der Protestaktion gegen Wahlergebnisse künftig zu verzichten.

	1943	1946	1949	1952	1955	1958	1961	1964	1967	1970	1973	1976	1979	1982	1985
PRI	92	74	94	74	90	88	90	86	83	80	70	80	70	69	65
PAN	1	2	6	9	9	10	8	12	12	14	15	9	11	18	16
Andere	1	24	1	17	1	2	2	2	4	2	5	6	14	13	15

Ergebnisse der Abgeordnetenwahlen 1943-1985 (PRI, PAN, Andere) in % der gültigen Stimmen.

Quelle: Loaeza (1999: 33).

Der PRI beabsichtigte, durch graduelle Reformen einen funktionierenden Parlamentarismus vorzutauschen und eine loyale Opposition aufzubauen.

Seit den sechziger Jahren wurden somit die Oppositionsparteien bewusst gefördert, um sie durch institutionelle Einbindung in das politische System zu kontrollieren. Durch ihre Teilnahme an Wahlen trugen sie zur Legitimität der Herrschaftsausübung bei, wurden dafür mit einer begrenzten Anzahl von Mandaten entlohnt und somit auch von einem Abgleiten in den Untergrund ferngehalten. Proteste und Forderungen, die außerhalb der korporatistischen Strukturen entstanden, wurden durch Maßnahmen der Integration, Kooptation oder Wahlmanipulation kanalisiert. Dadurch hatten die Oppositionsparteien kaum Möglichkeiten, ein erfolgreiches Profil zu entwickeln. Der PRI forcierte nur schrittweise die Liberalisierung des Wahlrechts, schuf kontrollierte Freiräume für die Opposition und verzichtete nur schleppend auf seine große Einflussnahme im Medienbereich.

	1940	1946	1952	1958	1964	1970	1976	1982
PRI	93,89	77,90	74,31	90,43	87,80	84,42	92,75	71,63
PAN	o.K.	o.K.	7,82	9,42	11,04	14,02	o.K.	16,42

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1940-1982 (PRI und PAN) in % der abgegebenen Stimmen.

o.K. = ohne offiziellen Präsidentschaftskandidaten.

Quelle: Gómez Tagle (2001: 42); *Instituto Federal Electoral* (IFE).

Tatsächlich konnte die Regierungspartei seit der späterevolutionären Konsolidierung bis in die siebziger Jahre den graduellen politischen Systemwandel ausnahmslos kontrollieren, gestützt auf ein lange Zeit erfolgreiches ökonomisches Modell, das dem Land jährliche Wachstumsraten von bis zu 8% einbrachte. Das mexikanische Wirtschaftswunder (*milagro mexicano*) ging so lange mit einem relativ hohen Grad an politischer Legitimität einher, bis der Staat in eine Modernisierungsfalle geriet (Maihold 1996). Durch die Ausdehnung der Mittelschichten und der urbanen Arbeiterschaft als Folge der erfolgreichen wirtschaftlichen Modernisierung entwuchsen immer mehr Bürger dem Massenstatus (Mols 1981²: 112), und die Regierung konnte die Forderung nach mehr politischer und sozioökonomischer Mobilität nicht mehr erfüllen. Zunehmend wandelte sich Unzufriedenheit in aktive, systemablehnende Opposition.

Die Studentenproteste von 1968, ihre gewaltsame Niederschlagung sowie das Aufkommen von Guerillagruppen Anfang der siebziger Jahre schwächten das politische System Mexikos in empfindlicher Weise. Das Regime war in eine nicht mehr zu verschleiernde manifeste Legitimitätskrise

geraten. Die Elite reagierte mit politischen Reformen, welche die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten ausweiten sollten. Unter Präsident Luis Echeverría (1970-1976) lautete jenes Programm *apertura política* (Politische Öffnung). Zwar war die graduelle Liberalisierung des Wahlgesetzes mehr eine kosmetische Reform, brachte den kleineren Parteien jedoch eine Reihe von Vergünstigungen ein. Bei den Deputiertenwahlen 1973 konnten aufgrund der wahlrechtlichen Modifikationen die damaligen Oppositionsparteien PAN, PPS und PARM ihre parlamentarische Position leicht ausbauen und es bestätigte sich bereits, dass mit dem Niveau regionaler Entwicklung die Wahlbeteiligung sank. Der PRI verlor zunehmend in Gebieten, in denen Urbanisierung, Industrialisierung sowie Alphabetisierung am stärksten ausgeprägt waren, so im Norden und in größeren Städten des Landes.

Die Tragweite dieser Situation entlud sich in einer offensichtlichen Krise des mexikanischen Parteiensystems, die für Regierungspartei und Opposition gleichermaßen galt. Der PRI musste bei künftigen Wahlen um Mehrheiten fürchten, denn der zunehmende gesellschaftliche Emanzipationsprozess ließ die bewährten Kontroll- und Mobilisierungsmechanismen hinfällig werden. Zudem kam es zu innerparteilichen Spannungen, da dem traditionellen PRI-Lager die Opfer für eine bereits eingeschlagene politische Flexibilität zu hoch erschienen. Auch die Oppositionsparteien standen vor der Entscheidung, ob man die demokratische Fassade des politischen Systems weiterhin stützen sollte. Zum einen glaubte man nicht an einen wirklichen Reformwillen seitens der Regierungspartei, zum anderen wusste man auch einzuschätzen, dass die Mehrheit der bisher erhaltenen Stimmen nicht aufgrund der programmatischen und ideologischen Überzeugung der Wähler gewonnen wurde, sondern lediglich als Protest gegen die Regierungspolitik zu werten war. Hinzu kam eine zunehmende Bewusstwerdung über die eigene organisatorische Schwäche aufgrund fehlender finanzieller und personeller Ressourcen.

Die größte und bis dahin einzige aus sich heraus lebensfähige Oppositionspartei PAN konnte sich im Vorfeld der Wahlen 1976 nicht auf einen Präsidentschaftskandidaten einigen. Die daraus resultierende einsame Kandidatur des PRI-Kandidaten López Portillo entpuppte sich als Misserfolg für das politische System, stellten doch die Wahlenthaltung von über 50%, eine nicht existente Opposition sowie das Fehlen legaler und institutioneller Kanäle für eine effektive politische Partizipation die Legitimität der neuen Regierung in Frage. Aus diesem Grunde startete López Portillo zu Beginn seiner Amtszeit eine politische Reform, die der Opposition neue Aktionsfelder

eröffnen sollte. Gegen erhebliche Widerstände innerhalb des PRI wurden 1977 institutionelle Räume für die bisher nicht partizipierende linke und rechte Opposition geöffnet. Zur ersten Gruppe kann etwa die Zulassung des *Partido Socialista de los Trabajadores* (PST) sowie des *Partido Comunista Mexicano* (PCM) gezählt werden, zur zweiten die des *Partido Demócrata Mexicano* (PDM) (Übersicht bei Lauth 1992: 55 und Sirvent 2002: 46). Zudem wurden der verfassungsmäßige Rang von Parteien aufgewertet, die Zahl der Mandatsträger im Abgeordnetenhaus auf 400 erhöht – von denen 100 Mandate nach dem Verhältniswahlrecht für die Opposition reserviert waren –, den Parteien staatliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt und der Zugang zu den von der Regierungspartei kontrollierten Medien erleichtert.

Auch wenn die Reform das Fundament für eine zunehmend wettbewerbsfähige Entwicklung des mexikanischen Parteiwesens bildete (Woldenberg 2002: 24), blieben die Organisation und Beobachtung der Wahlen praktisch in Händen der Regierungspartei, was sich in den folgenden Jahren abermals beweisen sollte. So nahm der PRI entscheidenden Einfluss bei den Parlamentswahlen 1979 und 1985 wie auch bei den Präsidentschaftswahlen 1982. Trotz der eingeleiteten Öffnung offenbarten die Wahlen das alte Übel der Wahlenthaltung, die 1979 mit über 50% einen neuen Höhepunkt erreichte. Es kam zu einem beachtlichen Rückgang in der Wählerschaft, die soziale Basis des Regimes schwand zunehmend, während die Opposition, im Besonderen der PAN, in sozioökonomisch entwickelteren Bundesstaaten immer mehr an Zustimmung gewann. Die Partei profitierte von der schwindenden Koalition zwischen Staatsbürokratie und Unternehmerschaft, die seit der sozialreformistischen Rhetorik und “tercermundistischen” Außenpolitik Echeverría an Auflösungserscheinungen litt. Die im prosperierenden Norden ansässigen Unternehmer und die anwachsende Mittelschicht sahen im PAN, der ein pluralistisches und dezentrales Demokratiekonzept sowie ein liberales Wirtschaftsmodell vertrat, ein geeignetes Protestventil.

López Portillo konnte die Situation zwar durch Erdölfunde im Golf von Mexiko, die ihm seine Handlungsfähigkeit zwischenzeitlich zurückgaben, kurzfristig entschärfen, scheiterte jedoch mit seiner Verschuldungspolitik am Verfall der Erdölpreise und dem Anstieg des internationalen Zinsniveaus. Am Ende seiner Amtszeit verstaatlichte er die Banken und griff somit auf früher bewährte ordnungspolitische Steuerungsversuche der Wirtschaft zurück. Der Staatsbankrott 1982 beendete das *milagro mexicano* und führte das Land in eine manifeste wirtschaftliche und politische Krise.

2. Wirtschaftlicher und politischer Paradigmenwechsel in Mexiko: Die Erosion des PRI und der Aufstieg der Oppositionsparteien (1982-2000)

Der Stimmenverlust des PRI, der die Präsidentschaftswahlen 1982 mit dem bis dahin niedrigsten Ergebnis in seiner Geschichte gewann, sowie der stetige Zuwachs für den PAN veranlasste den neuen Präsidenten Miguel de la Madrid, 1984 und 1987 eine Gegenreform zu starten, um die Möglichkeiten der Opposition abermals zu beschneiden und das Tempo der 1977 eingeleiteten Liberalisierung zu drosseln (Franke 2002).

Der Transformationsprozess wurde jedoch in den achtziger Jahren durch wirtschaftliche und soziale Veränderungen beschleunigt. Die Verschuldungskrise, die im mexikanischen Moratorium 1982 (Boris 1996: 20ff.) ihren sichtbaren Ausdruck fand, beschränkte den Handlungsspielraum De la Madrids zunehmend. Die Regierung wurde gezwungen, eine mit dem IWF vereinbarte Austeritätspolitik zu verfolgen und die Liberalisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Als Repräsentant einer technokratischen Elite leitete De la Madrid einen Umstrukturierungsprozess ein, der von seinem Nachfolger Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) forciert wurde. Schlagwörter der wirtschaftlichen Erneuerung waren Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und Liberalisierung. Dies bedeutete im Einzelnen den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, die Privatisierung von Staatsbetrieben, die Öffnung des mexikanischen Marktes für ausländische Investoren, die Förderung der Exporte sowie die Reduzierung der Staatsausgaben. Durch die Neuordnung der Administration und des parastaatlichen Sektors wurde ein Rekrutierungsbedarf vonnöten, der die Bedeutung von *técnicos* ansteigen ließ. Diese drängten mit einer verbesserten allgemeinen und einer entsprechenden beruflichen Bildung in die mittleren und vor allem in die Führungsringe von Staat, Revolutionspartei, gesellschaftlichen Organisationen und nicht zuletzt der Wirtschaft, was verstärkt zu einem schleichenden Positionsverlust der Massenorganisationen und des PRI gegenüber der technokratischen Exekutive führte (Mols/Franke 1996: 240f.). Dadurch wurde die Kommunikation zwischen den Apparaten der Massenintegration erheblich gestört. Zudem waren die neoliberalen Strukturanpassungen mit erheblichen Kosten für die Bevölkerung verbunden, die trotz verschiedenartiger Sozialprogramme nicht aufgefangen werden konnten. Der schleppende Prozess der politischen Öffnung und der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft eröffneten unter Miguel de la Madrid Freiräume für die Opposition und zivilgesellschaftliche Aktionen. Die Spaltung der politischen Elite und der Ruf nach einer umfassenderen

Demokratisierung seitens der Opposition gingen verstärkt mit der Zuwendung von Teilen der Unternehmerschaft zum PAN einher, deren Verhältnis zur Regierung seit der Verstaatlichung der Banken zunehmend gestört war. Der Vorwurf des Wahlbetruges bei den Kommunalwahlen führte zu einer anwachsenden Militanz von Teilen der Mittelschichten, so etwa zu zahlreichen Straßenblockaden und zu einem 40-tägigen Hungerstreik des PAN-Präsidenten Álvarez. Die Bundeswahlen 1985 verliefen äußerst konfliktiv, da der PAN in einigen Regionen auf offensichtlichen Wahlbetrug mit Formen des politischen Ungehorsams reagierte. Das große Erdbeben 1985 und die dadurch zutage getretene Unfähigkeit der mexikanischen Regierung, effektive Hilfe zu organisieren, bewirkten zudem eine deutliche Mobilisierung der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft (Levy/Bruhn 2001: 68ff.).

Am schwerstwiegenden jedoch zeigte sich der Umbruch innerhalb der politischen Elite. Die Spaltung kulminierte in der Auseinandersetzung um die Auswahl des Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 1988. Eine PRI-interne Oppositionsströmung unter Führung von Cuauhtémoc Cárdenas verlangte demokratische Verfahren zur Bestimmung des künftigen Präsidentschaftskandidaten, scheiterte jedoch am traditionellen *dedazo*, dem berühmten Fingerzeig des amtierenden Präsidenten, der schließlich Carlos Salinas de Gortari als seinen Nachfolger bestimmte. Die Nominierung führte im Vorfeld der Wahlen zum Austritt Cárdenas' und weiterer Reformer aus der Regierungspartei und im Zusammenschluss mit PARM, PPS und zwei weiteren kleinen Parteien zur Gründung des *Frente Democrático Nacional* (FDN), der mit Cárdenas den PRI-Kandidaten im Kampf um das Präsidentenamt herausforderte. Die alte PRI-Allianz aus PPS und PARM, die bisher als Satellitenparteien in der Regel den PRI-Kandidaten unterstützten, wurde somit gebrochen und das heute noch aktuelle Parteiensystem geboren, denn in den folgenden 15 Jahren sollten sich PRI, PAN und der aus der FDN 1989 entstandene *Partido de la Revolución Democrática* (PRD) als zentrale Größen im parteipolitischen Spektrum Mexikos etablieren.

Die eindeutig geschönten Daten der Präsidentschaftswahlen 1988 ergaben für den PRI 51,0%, den FDN (PRD) 30,89% und für den PAN schließlich 18,3%. Trotz des Wahlbetruges zogen erstmals Oppositionspolitiker in den Senat, und die Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus ergab ein fast ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Opposition, so dass die innerparlamentarische Diskussion eine neue, für den Demokratisierungsprozess förderliche Dynamik erhielt. Der PRI war nunmehr durch die schwache Mehrheit im Parlament auf das Votum der Oppositionsparteien PAN und

PRD angewiesen, um wichtige Reformprojekte, die einer Verfassungsänderung bedurften, durchsetzen zu können. Dabei suchte er die Annäherung zum PAN mit dem Versprechen, im Gegenzug Wahlsiege auf lokaler Ebene anzuerkennen und die Liberalisierung des Wahlrechts voranzutreiben (Lujambio 2001: 78f.). Die Zusammenarbeit des PAN mit der Regierungspartei zeigte sich im Folgenden in der Unterstützung bei der Reprivatisierung der Banken und der Durchsetzung struktureller ökonomischer Reformen, führte aber zu Friktionen innerhalb der Partei, da ein Teil die Annäherung an den PRI strikt ablehnte.

Während der PAN die Strategie einer graduellen Demokratisierung wählte, um über Wahlerfolge auf lokaler Ebene, über den Dialog mit der Regierung und eine allmähliche institutionelle Reform den starren Machtapparat zu entkrampfen (Gómez 2003), stellte sich die Situation für den PRD schwieriger dar. Die junge Partei war organisatorisch sehr schwach ausgeprägt, vereinigte eine Vielzahl unterschiedlicher sozialer und politischer Organisationen und konnte nicht auf die gleiche Infrastruktur setzen, wie sie der PAN im Laufe der Jahrzehnte hauptsächlich im Norden und im Zentrum des Landes aufgebaut hatte. Zudem war Cárdenas nicht in der Lage, die große Zustimmung der Bevölkerung nach 1988 in ein längerfristiges Projekt zu bündeln. Der PRD vernachlässigte die lokale Ebene, setzte alles auf die Präsidentschaftskandidatur 1994 und wurde zudem von Salinas systematisch bekämpft. Der Präsident verweigerte der Partei die Anerkennung von Wahlsiegen und forcierte die Gründung einer linksreformerischen Partei, des *Partido del Trabajo* (PT), der bei zukünftigen Wahlen als Alternative zum PRD Stimmen aus dem linken Spektrum auf sich vereinigen sollte (Sirvent 2002: 52).

Der Sieg der Oppositionspartei PAN bei den Gouverneurswahlen 1989 in Baja California und seine Anerkennung seitens des PRI wurden als Kooperationswillen Salinas' gewertet, eine Öffnung des politischen Systems in Mexiko voranzutreiben, obwohl Salinas den ökonomischen Reformen oberste Priorität beimaß. Mit den Stimmen des PAN wurde Anfang 1990 eine Wahlreform verabschiedet, die unter anderem die Schaffung des offiziellen Bundeswahlamtes *Instituto Federal Electoral* (IFE) vorsah.

Die Parlamentswahlen von 1991 und die daraus resultierende offensichtliche Akzeptanz des PRI waren schließlich die Antwort auf die wirtschaftlichen und politischen Reformbestrebungen des Präsidenten, der sich zu Beginn seiner Amtszeit durch radikales Vorgehen gegen die Korruption in der

eigenen Partei Sympathien verschaffte. Eine hohe Wahlbeteiligung sowie der minimale Vorwurf des Wahlbetruges unterstützen diese These.

Partei	1988		1991		1994		1997		2000	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
PRI	51,00	260	61,40	320	50,20	300	39,10	239	38,20	209
PAN	18,30	102	17,70	89	25,80	119	26,61	121	36,90 ²	207
PRD (FDN)	30,89 ¹	1	8,30	41	16,70	71	25,71	125	18,70 ³	52
Sitze	500		500		500		500		500	

Ergebnisse der Abgeordnetenwahlen 1988–2000 (Sitzverteilung PRI, PAN, PRD).

¹ FDN entsteht 1988 als Zusammenschluss mehrerer Gruppierungen und führt 1989 zur Parteigründung des PRD. Die Sitze der einzelnen Gruppierungen werden hier nicht angegeben.

² Die Prozentzahlen beziehen sich auf das jeweilige Wahlbündnis (*Alianza por el cambio*, PAN und PVEM), die Sitze auf die angegebene Partei (PAN).

³ Die Prozentzahlen beziehen sich auf das jeweilige Wahlbündnis (*Alianza por México*, PRD, PT, CD, PAS, PSN), die Sitze auf die angegebene Partei (PRD).

Quelle: Sirvent (2002); Instituto Federal Electoral (IFE).

Während der PRD bei den Parlamentswahlen 1991 mit 8% der Stimmen deutlich hinter seinen Erwartungen zurückblieb, hatte der PAN hingegen durch seine Strategie bis 1994 schließlich 185 Gemeinden und drei nördliche Bundesstaaten erringen können und regierte somit bereits 20% der mexikanischen Bevölkerung.

Trotz der von Salinas im Hinblick auf die 1994 anstehenden Wahlen eingeführten Strukturreformen blieben wesentliche politische Grundprobleme ungelöst, denn der Machtapparat wurde nicht substantiell reformiert. Die innenpolitische Krise fand 1994 ihren sichtbaren Ausdruck im Chiapas-Konflikt, der die Vernachlässigung des marginalisierten Südens in Erinnerung rief, sowie in der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Luis Donaldo Colosio (PRI), die das politische Gefüge Mexikos durcheinander brachte. Mit Colosio hatte man sich offensichtlich aus der Umgebung des amtierenden Präsidenten politischer Kräfte entledigen wollen, die in den Verdacht radikaler politischer Reformabsichten geraten waren.

Im Vorfeld der Wahlen widmete man daraufhin der Forderung nach demokratischen Prozessen größte Aufmerksamkeit, zudem man der Ankündigung Salinas', eine substantielle Reform des politischen Systems einzuleiten, mit Misstrauen begegnete. Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen stand nun erstmals unter der Leitung des Bundeswahlamtes IFE, das, obgleich dem Innenministerium unterstellt, weitaus mehr Transparenz versprach. Auf konstitutioneller Ebene wurde die Zusammensetzung beider

Kammern des Kongresses reformiert. Die Anzahl der Senatoren erhöhte man für die einzelnen Bundesstaaten und den Bundesdistrikt Mexiko-Stadt von zwei auf vier. Drei Senatoren wurden hierbei nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt, ein viertes Mandat entsprechend der stärksten Oppositionspartei vergeben, damit mindestens 25% der Sitze im Senat von Oppositionsparteien eingenommen werden. Weitere Reformen zielten nominell auf die Chancengleichheit der Parteien, vor allem im Hinblick auf eine Kontrolle der Parteifinzen seitens der Legislative, und auf die angestrebte Chancengleichheit in Bezug auf die Nutzung der Massenmedien.

	1988	1994	2000
PRI	51,22	50,55	36,1
PAN	16,96	26,91	42,5 ²
PRD (FDN)	30,89 ¹	17,22	16,6 ³

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1988-2000 (PRI, PRD, PAN) in % der abgegebenen Stimmen.

¹ FDN (*Frente Democrático Nacional*), Zusammenschluss mehrerer Organisationen, der 1989 zur Gründung des PRD führt.

² *Alianza por el cambio* (PAN, PVEM).

³ *Alianza por México* (PRD, PT, CD, PAS, PSN).

Quelle: Instituto Federal Electoral (IFE).

Nach dem offiziellen Endergebnis des IFE errang der PRI bei den Präsidentschaftswahlen 1994 50,55% der Stimmen und ging somit als klarer Gewinner aus der Wahl hervor. Ein wichtiger Grund für das Abschneiden der Regierungspartei lag sicherlich im damals positiven Image des scheidenden Präsidenten Salinas. Wichtiger jedoch schien angesichts der angespannten innenpolitischen Situation die Angst der Bevölkerung gewesen zu sein, sich auf ein Abenteuer mit der Opposition einzulassen. Der PAN als zweiter Gewinner der Wahl konnte sein politisches Gewicht ebenfalls ausbauen, während der PRD mit seinem Kandidaten Cárdenas abgeschlagen aus den Wahlen hervorging. Die Resultate der Wahlen zum Senat und zum Abgeordnetenhaus entsprachen weitgehend den Wahlergebnissen zum Präsidentenamt. Das Auffällige und Überraschende der Wahlen waren das friedliche Klima sowie die hohe Wahlbeteiligung von über 77%. Die organisatorische Durchführung der Wahlen wurde aufgrund der Reformen weniger angezweifelt als vielmehr der Vorwurf eines strukturellen Wahlbetrugs erhoben (Franke 1995: 51f.), der von Intellektuellen und führenden Oppositionspolitikern in die öffentliche Diskussion gebracht wurde. Dieser bezog sich auf das Vor-

feld der Wahlen, in dem der PRI seine politische Vormachtstellung gezielt ausgenutzt hatte, so etwa durch die Kontrolle der Massenmedien und den unrechtmäßigen Einsatz staatlicher Mittel zur Finanzierung der Wahlkampagne.

Der neu gewählte Präsident Ernesto Zedillo Ponce de León sah sich zu Beginn seiner Amtszeit einer schweren Wirtschaftskrise ausgesetzt, die dem Regime zunächst jegliche Vertrauensbasis entzog. Nur durch die Absicherung mit Hilfe eines 50 Mrd. US-\$ schweren Finanzpaketes, das durch die USA geschnürt wurde, konnte die Wirtschaft erneut stabilisiert werden.

Auf politischer Ebene wurde in der Abgeordnetenversammlung im Januar 1995 das "Abkommen über Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit" zwischen der Regierung und den vier größten Parteien (PRI, PAN, PRD und PT) unterzeichnet (Sirvent 2002: 98f.), das auch im Hinblick auf die Kongresswahlen 1997 die gemeinsame Ausarbeitung einer grundlegenden Wahlrechtsreform vorsah. Die Oppositionsparteien konnten in den 1996 abgeschlossenen Verhandlungen dem PRI auch trotz erheblicher Widerstände in den Regierungsreihen weitgehende Zugeständnisse in den Bereichen Parteifinanzierung und Medienzugang abverlangen. Die wichtigste Vereinbarung erwies sich wohl in der grundlegenden Unabhängigkeit des IFE, das nun nicht mehr dem Innenministerium unterstellt war. Das IFE forcierte im Vorfeld der Wahlen eine breit angelegte Informationspolitik und bewirkte, dass die Bevölkerung ein bisher nicht gekanntes Vertrauen in den Wahlprozess setzte. Die Regierungspartei verlor schließlich bei den Abgeordnetenwahlen 1997 zum ersten Mal ihre absolute Mehrheit. Das Parlament erfuhr eine wichtige Aufwertung, war es doch die vergangenen Jahrzehnte aufgrund der klaren Mehrheitsverhältnisse zugunsten des PRI zur Passivität verurteilt. Die Tätigkeit des Kongresses beschränkte sich darauf, Entscheidungen des Präsidenten zu unterstützen und eine symbolische Kontrollfunktion zu übernehmen. Die neue Zusammensetzung war nun mit der Hoffnung verbunden, mit wechselnden Mehrheiten Politik im Parlament betreiben zu können und damit durch die Aufwertung der Fraktionen und Abgeordneten sowie über den Austausch mit Interessengruppen verstärkt die Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in die politische Diskussion einzubinden.

Auch konnte der PAN weitere Gouverneurssitze in zwei Bundesstaaten erobern und Cuauhtémoc Cárdenas mit dem PRD im erstmals gewählten Bundesdistrikt Mexiko-Stadt durch einen klugen Wahlkampf das Votum für sich entscheiden und sich als ernstzunehmende Alternative präsentieren. So wurde der Vormarsch der Opposition auf regionaler Ebene deutlich und zum

Spiegel des ökonomischen und sozialen Wandels, denn die Opposition besetzte die Rathäuser der wichtigsten Städte und Kommunen mit hoher Bevölkerungsdichte, während sich der PRI lediglich in den ländlichen Gebieten behaupten konnte (Grenz 2000: 95f.). Der offensichtliche Pluralismus und die zunehmende Perfektionierung der Institutionen hatten zu einem großen Teil mit der Rolle des Präsidenten zu tun (Lujambio 2001: 87), denn Zedillo hatte mit der Durchführung von Reformen zunehmend die Integrität und demokratische Glaubwürdigkeit bewahrt sowie den Konfrontationskurs mit dem PRD aufgegeben. Auch berief er 1995 zum ersten Mal in der Geschichte Mexikos ein Mitglied einer Oppositionspartei als Generalstaatsanwalt mit Kabinettsrang in die Regierung und hatte somit auf das personalpolitische Machtmonopol des PRI verzichtet (Loeza 2003b: 78). Er forcierte seit seinem Amtsantritt eine *sana distancia*, eine Trennung von Partei und Exekutive, um die traditionelle Einmischung des Präsidenten zu beenden und eine innerparteiliche Demokratisierung voranzutreiben. Deutliches Zeichen hierfür stellt etwa die Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten 2000 dar. Zum ersten Mal in der Geschichte der Regierungspartei wurde der zukünftige Kandidat demokratisch gewählt. Bei etwa zehn Millionen abgegebenen Stimmen erreichte der ehemalige Innenminister Francisco Labastida Ochoa die absolute Mehrheit und mit ihr ein Ausmaß an Legitimität, die kein Präsidentschaftskandidat jemals vor ihm hatte. Der amtierende Präsident Zedillo favorisierte im Vorfeld keinen der Kandidaten und gab am Wahltag eine ungültige Stimme ab. Damit unterstrich er eine neue, bewusste Überparteilichkeit bezüglich der Kandidatenauswahl und gab ein Beispiel für die zukünftige Rolle des Präsidenten in der Partei.

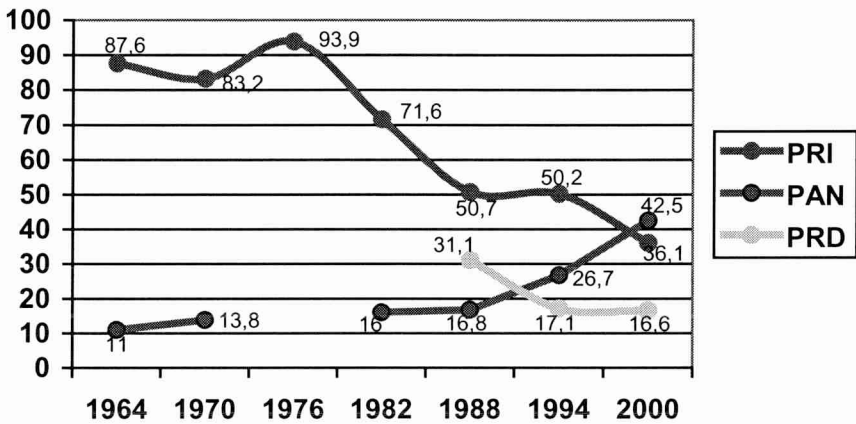
Der Verlust der Wahlen 1997 und die Einbrüche auf regionaler Ebene führten jedoch zunehmend zur Spaltung des PRI. Der Staat verlor an Durchsetzungsfähigkeit, da dem Klientelismus aufgrund fehlender Ressourcen immer mehr der Boden entzogen wurde. In die entstehenden Leerräume drangen dagegen die Oppositionsparteien. Zudem wurde die *sana distancia* des Präsidenten von lokalen Kaziken als Bestätigung verstanden, ihre eigenen Interessen im Alleingang durchsetzen zu können und verstärkt gegen einen Machtverlust auf regionaler Ebene anzukämpfen (Cornelius 2000). Somit verlor Zedillo allmählich die Kontrolle über seine Partei und damit auch die Mobilisierungsinstrumente für die anstehenden Präsidentschaftswahlen 2000.

3. Von der Opposition in die Regierung. – Aktuelle Herausforderungen und Probleme in einem pluralistischen Parteiensystem

Die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 bestätigten die Entwicklungen der vergangenen Jahre. Mit der Schaffung eines rechtmäßigen institutionellen Rahmens konnten organisatorisch saubere Wahlen durchgeführt werden. Das IFE genoss im Februar 2003 in der Bevölkerung eine breite Zustimmung von 93% (*voz y voto* 2/2003), und die erreichten Fortschritte in Fragen der Parteienfinanzierung, der Rolle der Medien sowie die durchgeführten Wahlrechtsreformen ließen die üblichen Anfechtungen der Ergebnisse auf Bundesebene endgültig der Vergangenheit angehören.

Die Oppositionspartei PAN präsentierte mit dem ehemaligen Gouverneur von Guanajuato Vicente Fox einen Kandidaten, der auf der politischen Ebene für einen Wandel stand, ökonomisch allerdings nur moderate Veränderungen anstrebte. So konnte er zahlreiche Unternehmer und Angehörige der Mittelschicht im Zentrum als auch im Norden des Landes für sich gewinnen und seine Chancen mit Hilfe der eigens gegründeten Organisation *Amigos de Fox*, die den Wahlkampf weitestgehend unabhängig vom PAN organisierte, entscheidend verbessern. Fox verstand sich als "Kandidat der Gesellschaft", der die Distanz zur Partei wahren wollte, was allerdings dazu führte, dass zahlreiche konservative Mitglieder des PAN den Ultrapraktismus ihres Kandidaten ablehnten. Das Projekt einer parteienübergreifenden Opposition, wie es schon 1994 angedacht wurde, scheiterte abermals an den Eitelkeiten von PAN und PRD, die sich im Vorfeld nicht auf die Auswahlmodi für einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten.

Cárdenas und der PRI-Kandidat Labastida mussten sich dem Vorwurf eines farblosen Wahlkampfes ohne ausreichende Alternativprogramme stellen (Craske 2001: 34; Trejo 2000). Zudem hätte Cárdenas als Bürgermeister von Mexiko-Stadt in den zwei Jahren seiner Amtszeit keine überzeugende Figur abgegeben, wie auch der Parteiaustritt des langjährigen Weggefährten und populären Politikers Porfirio Muñoz Ledo die Gräben im PRD offenbarte. Als nach einer Fernsehdebatte der PRI-Kandidat Labastida an Zustimmung einbüßte, integrierte er Teile der alten PRI-Elite in sein Wahlkampfteam, so genannte Dinosaurier, die der demokratischen Umgestaltung in der Partei ablehnend gegenüberstanden, und stellte damit seine Glaubwürdigkeit und Reformabsichten in Frage. Schließlich gelang es dem PRI nicht, alte korporatistische Strukturen zu reaktivieren. Die Wähler entschieden sich für das *voto útil*, das Votum des größten Nutzens, das dem PAN-Kandidaten Fox die besseren Chancen für die Regierungsübernahme einräumte.



Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1964-2000 (PRI, PRD, PAN) in % der abgegebenen Stimmen.

Vereinfachtes Schaubild: PAN tritt 2000 mit *Partido Verde Ecologista de México* (PVEM) in der *Alianza por el cambio* an, PRD mit mehreren Parteien in der *Alianza por México* und 1988 als FDN; 1976 stellt der PAN keinen Präsidentschaftskandidaten.

Quelle: Instituto Federal Electoral (IFE).

Somit wurde nach über 70 Jahren PRI-Hegemonie der Staatspräsident erstmals von einer Oppositionspartei gestellt. PRI und PRD mussten zu den Verlierern gezählt werden, auch wenn letztere Partei abermals den Distrikt Mexiko-Stadt für sich entscheiden konnte. Bundesweit jedoch musste die Partei hohe Einbußen hinnehmen und im Parlament mehr als 50 Sitze abgeben.

Wie bereits bei den letzten Kongresswahlen konnte sich der Staatspräsident nicht auf eine parlamentarische Mehrheit stützen, obwohl der PRI im Vergleich zu 1997 30 Abgeordnete verlor. PRI (209 Sitze), PAN (207 Sitze) und PRD (52 Sitze) waren somit abermals bei allen wichtigen Reformvorhaben auf eine gegenseitige Abstimmung angewiesen. Im Senat konnte der PAN seine Präsenz zwar ausbauen, die PRI-Mehrheit jedoch nicht gefährden.

	1991	1994	1997	2000
PRI	31	95	77	60
PAN	1	25	33	46
PRD	0	8	13	16
Sitze	32	128	128	128

Sitzverteilung (PRI, PAN, PRD) im Senat (1991-2000).

Seit der Wahlrechtsreform 1993 entsendet jeder mexikanische Bundesstaat vier Senatoren.

Quelle: Instituto Federal Electoral (IFE).

Gewählt wurde der neue Präsident vorwiegend in urbanen Gebieten und von jungen Wählern mit höherer Bildung, was dem allgemeinen Profil der PAN-Wählerschaft schon bei den letzten Präsidentschaftswahlen entsprach (Somuano/Ortega 2003: 20). Hauptmotiv war bei über 60% der Wunsch nach einem politischen Wechsel (Craske 2001: 37). Der PRI, der zwischen 1994 und 2000 mehr als die Hälfte seiner Stammwählerschaft verlor, konnte sich lediglich bei den Wählern ab 60 Jahren mit geringer Bildung behaupten, nachdem er noch 1994 in nahezu allen Altersgruppen stark vertreten war. Zudem stammen seine Wähler fast ausschließlich aus ruralen Gebieten. Der PRD verfügt aufgrund seiner kurzen Lebensdauer nicht über eine gleichermaßen große Stammwählerschaft. Während er noch 1994 für Jugendliche und Senioren mit geringer Bildung gleichermaßen attraktiv erschien, musste die Partei in beiden Gruppen hohe Einbußen hinnehmen, während man in den mittleren Altersgruppen Gewinne erzielen konnte.

Vicente Fox bildete im Klima der politischen Öffnung ein parteienübergreifendes Kabinett. Er hatte im Wahlkampf versprochen, wichtige Projekte wie die Lösung des Chiapas-Konfliktes, die Durchsetzung einer wichtigen Steuerreform und die Bekämpfung der Armut und Korruption voranzutreiben. Trotz positiver Ergebnisse etwa bei der Reduktion der Staatsausgaben und der Drogenbekämpfung hat bisher die Integration der verschiedenen Kräfte im Kabinett zu keiner Synthese geführt (Maihold 2001). Der Mangel an politischer Erfahrung und eine fehlende interne Abstimmung haben wenig befriedigende Ergebnisse erbracht. Auch die fehlende Verwurzelung des Präsidenten in seiner eigenen Partei stellt sich kritisch dar, denn Fox kann sich nicht auf eine breite innerparteiliche Zustimmung stützen. Deutlich wurde dies im Chiapas-Konflikt. Hier scheiterte er mit einer Verfassungsreform im Parlament, welche die vormals zwischen Regierung und indigenen Vertretern ausgehandelten Vereinbarungen von San Andrés zur Geltung bringen sollte. Teile des PRI und zahlreiche konservative Kräfte des eigenen

PAN wiesen die Initiative jedoch als verfassungswidrig zurück, und der Konflikt blieb mit dem Abbruch der Gespräche bis heute ungelöst.

Die fehlende Einbindung der eigenen Partei in die Regierungsarbeit und der ungeschickte Umgang mit der Opposition erschwerten für Fox die Durchsetzung von Reformen. So hatte er im Vorfeld der Steuerreform versäumt, Mehrheiten sowohl im Parlament als auch in der eigenen Partei zu suchen und diese in die Ausarbeitung einzubinden. Folglich konnte die Steuerreform nur in verwässerter Form verabschiedet werden. Der Präsident war bisher trotz fehlender Mehrheiten in Kongress und Senat nicht in der Lage, als Vermittlungsinstanz aufzutreten und aktive Konsensfindung zu betreiben (Levy/Bruhn 2001: 102). Auch kommt erschwerend hinzu, dass die Parteien in sich gespalten sind und Fox oftmals vor die schwierige Aufgabe gestellt wird, Koalitionen innerhalb wechselnder Parteigruppen ausfindig zu machen. Die Oppositionsparteien, nunmehr PRI und PRD, hatten zudem wenig Interesse an einer parteienübergreifenden Reformpolitik und blockierten nicht selten aufgrund der bevorstehenden Parlamentswahlen vom Juli 2003 jedes Vorhaben. Fox hatte folglich in Umfragen an Führungskraft und Handlungsfähigkeit verloren (*Reforma* 8.3.2003), was sich in den Ergebnissen bei den Zwischenwahlen deutlich niederschlug.

	1994	1997	2000	2003¹
PRI	300	239	209	222
PAN	119	121	207	151
PRD	71	125	52	95
Sitze	500	500	500	500

Ergebnisse der Abgeordnetenwahlen 1994-2003 (Sitzverteilung PRI, PAN, PRD).

¹Stand: 18.11.2003.

Quelle: Sirvent (2002); *Instituto Federal Electoral* (IFE).

So reduzierte sich die Anzahl der Sitze für den PAN im Abgeordnetenhaus um mehr als 50, während der PRD seine Präsenz nahezu verdoppeln konnte und auch der PRI mit 13 dazugewonnenen Abgeordneten einen Achtungserfolg erzielte. Auffällig und als Rückschlag für den demokratischen Prozess in Mexiko zu werten ist allerdings die niedrige Wahlbeteiligung von 41%. Die Stimmenthaltung schadete vor allem der Regierungspartei von Fox, der noch im Jahr 2000 mit dem *voto útil* zahlreiche nicht parteigebundene Wähler für sich gewinnen konnte. Diese entzogen nun dem Präsidenten die ohnehin fragile Vertrauensbasis. Die Bildung von mehrheitsfähigen Koa-

litionen und eine konstruktive Politik im Parlament ist nach den Wahlen 2003 somit noch schwieriger geworden. Die Gefahr für die Zukunft besteht jedoch darin, dass der Präsident den offensichtlichen Reformstau allein mit dem Hinweis entschuldigt, man lasse ihn nicht regieren (Loaeza 2003a). Vielmehr wird das Parlament in Zukunft eine zentrale Rolle spielen und bedarf einer grundlegenden Professionalisierung, etwa durch die Wiederwahl von Abgeordneten, die in Mexiko kontrovers diskutiert wird (Castañeda 2003: 7). Durch das Verbot der Wiederwahl haben die Parlamentarier faktisch keine Rechenschaftspflicht gegenüber dem Wähler und unterliegen einer strengen Loyalität gegenüber der Parteispitze, da diese großen Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten ausübt. Die politische Zukunft Mexikos hängt zunehmend vom veränderten Umgang der Akteure und der Professionalisierung der Institutionen in einem Mehrparteiensystem ab. Die Wiederwahl etwa könnte die Macht in den politischen Parteien dezentralisieren und dem Parlament eine größere Rolle bei der Politikformulierung zuweisen (Nacif 2003: 122).

Die Entwicklung des PRI wird hierbei eine große Rolle spielen. Der Partei fällt es zunehmend schwer, die veränderten demokratischen Spielregeln zu akzeptieren. Innerparteilich existiert eine große Anzahl von Strömungen, die jahrzehntelang durch den Herrschaftsauftrag der Partei diszipliniert und integriert werden konnten. Mit dem Schwinden des Elitenpaktes und dem Verlust des Revolutionsmythos stehen sich nun reformerische und konservative Kräfte zunehmend gegenüber, die um eine ideologische Position in der Partei ringen. Während der konservative Flügel, der durchaus noch entscheidenden Einfluss auf das politische Tagesgeschäft nimmt, den alten PRI wiederbeleben möchte, der ihnen angeblich von den Technokraten geraubt wurde, ist sich eine Minderheit in der Partei wohl bewusst, dass mit dem Verlust der Präsidentschaft nunmehr eine Neudefinition der Partei ansteht, die ohne die alten Muster der Kooptation und Kontrolle zu leisten sei. Diese Kräfte existieren gleichermaßen im PRI und stellen die Identität der Partei auf eine harte Probe (Borrego 2003: 11). Zudem fehlt eine integrative Führungspersönlichkeit, die in der Lage wäre, auch die lokalen Kaziken unter Kontrolle zu bringen und damit die zunehmende staatsaverse Dezentralisierung zu unterbinden. Hiervon hängt es ab, ob die demokratischen Spielregeln nun auch auf Ebene der Bundesstaaten und der Kommunen Anwendung finden. So verdeutlichen etwa die postelektoralen Konflikte in Tabasco und Yucatán im Jahr 2002, dass die regionalen Machtstrukturen des PRI noch immer stark ausgeprägt sind. Die umstrittene Wahl von Roberto Madrazo zum Parteiprä-

sidenten 2002 geht in die Richtung einer Renaissance der Traditionalisten. Bereits bei den Gemeindewahlen im März 2003 im Estado de México sowie bei den Parlamentswahlen im Juli des gleichen Jahres setzte der PRI auf das Zugpferd der Nostalgie, mit dem man unter Verweis auf frühere, bessere Zeiten einen bedeutenden Stimmengewinn verzeichnen konnte. So wusste er sich nicht nur in drei der sechs Bundesstaaten zu behaupten, in denen parallel zu den Zwischenwahlen ein neuer Gouverneur gewählt wurde, sondern konnte mit dem Gewinn des Bundesstaates Nuevo León, der bisher als Hochburg des PAN galt, einen großen Achtungserfolg erzielen. Ob die eingeschlagene konservative Strategie jedoch in Zukunft erfolgreich sein wird, um 2006 den Präsidenten zu stellen, bleibt fraglich.

Der PRD hat in seiner jungen Geschichte durch die Abgrenzung zum PRI notwendige radikaldemokratische Positionen bezogen. Trotzdem hat die Partei weniger Zulauf als unmittelbar nach ihrer Gründung, denn ihre Schwäche liegt immer noch in einer starken Heterogenität von Strömungen, einer fehlenden sozialen Basis und der bisherigen Unfähigkeit, ein in sich schlüssiges Programm zu erstellen (Levy/Bruhn 2001: 96). Auch geht der innerparteiliche demokratische Entscheidungsprozess aufgrund der multiplen Strömungen zumeist sehr langsam vonstatten und wirkt kontraproduktiv auf das äußere Erscheinungsbild (Cansino 2000: 309). Trotzdem kann man seit Mitte der neunziger Jahre von einer, wenn auch langsamen, Konsolidierung sprechen, denn die Übernahme der Regierungsverantwortung 1997 in Mexiko-Stadt und die zunehmende Präsenz auf lokaler Ebene hat die Professionalisierung des politischen Personals vorangetrieben. Die Partei zeigt sich zunehmend selbstkritisch und koalitionsfähig, wobei sie pragmatische Positionen bezogen hat (Prud'homme 2003: 104). Ihre zukünftige Rolle als linksdemokratische Kraft im Parteienspektrum Mexikos ist von enormer Bedeutung. Man sollte darauf verweisen, dass der PRD mit 15 Jahren eine noch sehr junge Partei ist und bis Mitte der neunziger Jahre der Repression durch den PRI ausgesetzt war. Die Präsenz auf lokaler Ebene und die hohe Reputation des Bürgermeisters von Mexiko-Stadt und möglichen Präsidentschaftskandidaten 2006 Manuel López Obrador lassen auf eine weitere Konsolidierung hoffen, wie die Zwischenwahlen 2003 eindrucksvoll unterstrichen. Während die Partei ihre Sitze im Abgeordnetenhaus von 52 auf 95 ausbauen konnte, verteidigte man die Vorherrschaft in der mexikanischen Hauptstadt bei den parallel durchgeführten Stadtparlamentswahlen gar mit dem Erreichen der absoluten Mehrheit. Der PRD konnte somit von der Schwäche der Regierungspartei PAN am meisten profitieren. Die Herausforderung für

PRD und PRI wird sein, sich den jungen Wählern unter 30 Jahren attraktiver zu präsentieren, da diese Gruppe 30% der Wahlberechtigten stellt.

Die Regierungspartei PAN kann sich auf eine ausgeprägte politische Infrastruktur stützen und muss sich innerparteilich mit weitaus weniger Friktionen auseinandersetzen als etwa PRI und PRD. Die konservativen ideologischen Kräfte konnten bis heute von der neopanistischen, pragmatischen Fraktion, die sich mit den Unternehmern Mitte der achtziger Jahre durchsetzte, überstimmt werden (Loeza 2003b: 86).

Regierungserfahrung konnte die Partei aufgrund ihrer Strategie der neunziger Jahre ausreichend auf lokaler Ebene und in den Bundesstaaten sammeln. So hat sich die Anzahl der Städte, die vom PAN gewonnen wurden, zwischen 1994 und 2002 verdreifacht. Im Augenblick regiert er zudem neun der 32 Bundesstaaten, drei davon in Koalition mit dem PRD.

	1993	2003
Aguascalientes	PRI	PAN
Baja California	PAN	PAN
Baja California Sur	PRI	PRD ¹
Campeche	PRI	PRI
Coahuila	PRI	PRI
Colima	PRI	PRI
Chiapas	PRI	PAN-PRD ¹
Chihuahua	PAN	PRI
Distrito Federal	PRI	PRD
Durango	PRI	PRI
Guanajuato	PAN	PAN
Guerrero	PRI	PRI
Hidalgo	PRI	PRI
Jalisco	PRI	PAN
Edo. de México	PRI	PRI
Michoacan	PRI	PRD

	1993	2003
Morelos	PRI	PAN
Nayarit	PRI	PAN-PRD
Nuevo León	PRI	PRI
Oaxaca	PRI	PRI
Puebla	PRI	PRI
Querétaro	PRI	PAN
Quintana Roo	PRI	PRI
San Luis Potosí	PRI	PAN
Sinaloa	PRI	PRI
Sonora	PRI	PRI
Tabasco	PRI	PRI
Tamaulipas	PRI	PRI
Tlaxcala	PRI	PRD ¹
Veracruz	PRI	PRI
Yucatán	PRI	PAN
Zacatecas	PRI	PAN-PRD ¹

Bundesstaaten nach regierenden Parteien (1993 und 2003).

¹ = Koalition mit kleineren Parteien.

Quelle: IFE, *voz y voto* 2/2003: 29; Instituto Federal Electoral (IFE), Stand: 24.7.2003.

Die Partei kämpft jedoch mit dem Problem, Wahlversprechen und Parolen propagiert zu haben, die nicht ihrer eigentlichen Programmatik entsprechen (Boris/Sterr 2002: 229). Die fehlende Bindung des Präsidenten an die Partei und das schwache *voto útil* für den Kandidaten machen das Zusammenleben für Präsident, Partei und Wähler gleichermaßen schwierig. Zudem hat man es durch die strikte Ablehnung des von der früheren Regierungspartei

tei praktizierten Korporatismus bis heute versäumt, Unterstützungsgruppen auch im Gewerkschaftslager oder unter der Landbevölkerung zu suchen und aufzubauen. So ist die sozialökonomische Verankerung des PAN in der Gesellschaft schwach ausgeprägt. Seine Wähler stammen meist aus urbanisierten und industrialisierten Zentren des Landes und setzen sich aus Mitgliedern der Mittelschicht zusammen. So stellten sie Anfang 2003 die Regierung in 15 der 20 größten Gemeindedistrikte Mexikos. In südlichen und ruralen Regionen verfügt der PAN jedoch kaum über eine Anhängerschaft und wird als außerordentlich konservativ eingeschätzt. Allerdings zeigen die Zwischenwahlen 2003, dass die Zustimmung unter den Wählern der Mittelschicht ob des Reformstaus zu schwinden beginnt und diese Gruppen sich erneut dem PRI zuwenden. So musste in sozioökonomisch starken Regionen wie Zapopan (Jalisco) und Monterrey (Nuevo León) der PAN die Regierung an den PRI abgeben, wobei der Verlust des Bundesstaates Nuevo León, den der PRI mit deutlichen 56% der Stimmen zurückgewinnen konnte, am schwersten wiegt.

Die Zukunft der Partei wird trotz einer durchaus erfolgreichen Arbeit auf lokaler Ebene von einem notwendigen verstärkten Zugehen auf die Marginalen sowie vom Verhältnis zum Staatspräsidenten Fox bestimmt. Dieser scheint sich der Partei anzunähern, wie die Ernennung des PAN-Mitglieds Luis Ernesto Derbez zum neuen Außenminister Anfang Februar 2003 zeigte, nachdem mit Jorge Castañeda ein parteiloses Kabinettsmitglied seinen Rücktritt eingereicht hatte. Dies wurde von Beobachtern als Zeichen einer zukünftig intensiveren Zusammenarbeit gewertet.

Trotz seiner langen Geschichte hat man es in Mexiko mit einem Parteiensystem zu tun, das erst im Zuge der politischen Transformation seit Ende der siebziger Jahre an Effizienz und Bedeutung gewinnt und sich in den neunziger Jahren dank einer fortschreitenden Institutionalisierung des Wahlprozesses zu einem wettbewerbsfähigen Drei-Parteien-System entwickelt. Aufgrund wechselnder Mehrheitsverhältnisse in Parlament und Senat hat das Gewicht der Parteien seit 1997 enorm zugenommen, denn wichtige Entscheidungsfindungen sind für den Präsidenten nur noch in Abstimmung mit der Opposition möglich. Allerdings lassen die schwierige Konsolidierung der ehemaligen Regierungspartei PRI, die Heterogenität und organisatorische Schwäche von PRD und die fehlende Sensibilität des PAN für die Interessen der Unterschichten und der (Semi-)Marginalen die Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft schwächer werden. Das Ansehen der Parteien, des Präsidenten und der Institutionen hat sich durch den offensicht-

lichen Reformstau verschlechtert. Die Entwicklung einer konsolidierten Demokratie in Mexiko ist daher keineswegs sicher. Zwar haben sich in den letzten zehn Jahren bedeutende demokratische Partizipationsmechanismen etabliert, die aber gleichsam neben autoritären Mustern und rückwärtsgegangenen Entwicklungen stehen (Faust 2001: 79). Die ökonomischen Krisen der achtziger und neunziger Jahre haben die Polarisierungen in der Gesellschaft verstärkt und die strukturelle Schwäche des Staates offenbart. Mexiko ist offener und pluralistischer geworden, doch die Garantie für diesen weiteren Weg kann nur die Stabilisierung eines Rechtsstaates leisten, in dem die Zusammenarbeit im Parlament professionalisiert, die Korruption bekämpft und die Glaubwürdigkeit und Effizienz von Institutionen mit einer Reduktion von gesellschaftlicher Fragmentierung einhergehen.

Literaturverzeichnis

- Beyme, Klaus v. (1984): *Parteien in den westlichen Demokratien*. München.
- Boris, Dieter (1996): *Mexiko im Umbruch: Modell einer gescheiterten Entwicklungsstrategie*. Darmstadt.
- Boris, Dieter/Sterr, Albert (2002): *FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus?* Köln.
- Borrego Estrada, Genaro (2003): "Aprender de los fracasos". In: *voz y voto*, Nr. 120, S. 10-11.
- Cansino, César (2000): *La transición mexicana 1977-2000*. México, D.F.
- Castañeda, Jorge (2003): "Reelección". In: *Mural*, 26.2.2003, S. 7.
- Cornelius, Wayne A. (2000): "Blind Spots in Democratization: Sub-National Politics as a Constraint on Mexico's Transition". In: *Democratization*, 7, Nr. 3, S. 117-132.
- Craske, Nikki (2001): "Another Mexican Earthquake? An Assessment of the 2 July 2000 Elections". In: *Government and Opposition*, 36, Nr. 1, S. 27-47.
- Elizondo Mayer-Serra, Carlos/Nacif Hernández, Benito (Hrsg.) (2002): *Lecturas sobre el cambio político en México*. México, D.F.
- Faust, Jörg (2001): "Aufstieg und Niedergang der mexikanischen Autokratie". In: Bodemer, Klaus et al. (Hrsg.): *Lateinamerika-Jahrbuch 2001*, S. 57-81.
- Franke, Uwe (1995): "Innenpolitischer Wandel und Wahlen". In: Lauth, Hans-Joachim/Horn, Hans-Rudolf (Hrsg.): *Mexiko im Wandel. Bilanz und Perspektiven in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur*. Frankfurt/Main, S. 35-56.
- (2002): *Politische Transformation in Mexiko unter besonderer Berücksichtigung des Partido Acción Nacional (PAN)*. Mainz (unveröffentlichtes Manuskript).
- Gómez, Alicia (2003): *Juegos políticos: las estrategias del PAN y del PRD en la transición mexicana*. Guadalajara.
- Gómez Tagle, Silvia (2001): *La transición inconclusa. Treinta años de elecciones en México*. México, D.F.

- Grenz, Wolfgang (2000): "Mexiko vor den Wahlen 2000 – Eine historische Wende?" In: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 10, S. 93-104.
- Instituto Federal Electoral (IFE) (2003): Homepage des Bundeswahlamtes <www.ife.org.mx>.
- Lauth, Hans-Joachim (1992): "Parteien, Wahlen und Demokratie". In: Briesemeister, Dietrich/Zimmermann, Klaus (Hrsg.): *Mexiko heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt/Main, S. 51-68.
- Levy, Daniel C./Bruhn, Kathleen (2001): *Mexico. The Struggle for Democratic Development*. Berkeley/Los Angeles/London.
- Loeza, Soledad (1999): *El Partido Acción Nacional: La larga marcha, 1939-1994. Oposición leal y partido de protesta*. México, D.F.
- (2003a): *Los dos Vicentes*. (Manuskript).
- (2003b): "Acción Nacional en la antesala del poder: 1994-2000". In: *Foro Internacional*, vol. XLIII, Nr. 1, S. 71-102.
- Lujambio, Alonso (2001): "Democratization through Federalism? The National Action Party Strategy, 1939-2000". In: Middlebrook, Kevin J. (Hrsg.): *Party Politics and the Struggle for Democracy in Mexico. National and State-Level Analyses of the Partido Acción Nacional*. San Diego, S. 47-94.
- Maihold, Günther (1996): "Mexiko in der Modernisierungsfalle: Verpasste Transition oder Chancen der Systemkrise". In: *Analysen-Daten-Dokumentation*, Nr. 24, S. 13-37.
- (2000): "Mexiko 2000 – Das Ende einer Ära. Folgt auf den Regierungswechsel auch ein stabiler politischer Wandel?" In: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 13, S. 129-144.
- (2001): "Aufbruch in Mexiko? Die langen 'ersten 100 Tage' der Regierung Fox". In: *Ibero-Analysen*, Heft 10/Dezember, Berlin.
- Molinar Horcasitas, Juan (1991): *El tiempo de la legitimidad. Elecciones, autoritarismo y democracia en México*. México, D.F.
- Mols, Manfred (1983²): *Mexiko im 20. Jahrhundert. Politisches System, Regierungsprozeß und politische Partizipation*. Paderborn.
- Mols, Manfred/Franke, Uwe (1997): "Krise und Transformationsversuche in Mexiko". In: *Jahrbuch Dritte Welt 1997*, S. 235-255.
- Nacif, Benito (2003): "Politische Institutionen und Übergang zur Demokratie in Mexiko". In: Böhler, Werner/Hofmann, Stefan (Hrsg.): *Quo vadis, Lateinamerika? Institutionenkrise als Chance für den demokratischen Neubeginn*. Sankt Augustin, S. 99-124.
- Prud'homme, Jean François (2003): "El partido de la Revolución Democrática: las ambivalencias de su proceso de institucionalización". In: *Foro Internacional*, XLIII, Nr. 1, S. 103-140.
- Sirvent, (2002): *Partidos políticos y procesos electorales en México*. México, D.F.
- Sommano Ventura, Ma. Fernanda/Ortega Ortiz, Reynaldo Yunuen (2003): "La identificación partidista de los mexicanos y el cambio electoral, 1994-2000". In: *Foro Internacional*, XLIII, Nr. 1, S. 10-38.
- Trejo Delarbre, Raúl (2000): "Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen". In: *Ibero-Analysen*, Heft 4/Juni, Berlin.
- Woldenberg, José (2002): *La construcción de la democracia*. México, D.F.